

Schlesische

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,50 M. für die Woche, 6,10 M. für den Monat, Durch die Post 6,10 M. für den Monat.
Verlag: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Berlin, Rosa-Luxemburg-Str. 30/31.

Montag, 28. November 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche 10-Millimeterzeile, oder deren Raum 0,80 M., auswärts 0,90 M., Stellen- und Wohnungsstellen, Familienanzeigen, Vereins- und Besammlungsanzeigen 0,40 M., Reklame: Die 10-Millimeterzeile, gewöhnlich oder deren Raum im Text 1.- M.

An alle Kollegen und Genossen in den Betrieben!

Die schändliche Drangsalierung aufrechter Klassenkämpfer in den Zuchthäusern und Gefängnissen der Ebertrepublik; die täglich wachsende Verelendung der breiten Massen durch sprunghafte Steigerung der Preise aller Bedarfsartikel; der von der Wirth-Regierung geplante Steuerraubzug gegen die Arbeiterklasse; die Anschläge der Schwerindustrie auf die Staatsbetriebe haben im gesamten Proletariat ohne Unterschied der Partei eine mächtige Bewegung zur Herstellung einer geschlossenen Abwehrfront erziehen lassen. In Berlin haben Delegationen aus vielen Orten des Reiches gemeinsam mit denen der Berliner Betriebe von den Spitzenkörperschaften der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien gefordert, ein Organ für den Kampf um die Klassen- und Lebensinteressen des gesamten Proletariats zu schaffen. Sie haben sich weiter an Euch gewandt mit Forderungen, deren Durchsetzung alle Arbeiterparteien und Gewerkschaften als eine Lebensfrage des Proletariats grundsätzlich anerkannt haben. Diese Forderungen müssen schnellstens zur Tat werden. Die sozialdemokratischen Führer, gebunden an die Stinneskoalition, versuchen, die sich bildende Einheitsfront aller Arbeiter zu sabotieren und zu verhindern. Das darf ihnen nicht gelingen. In allen Betrieben muß sofort Stellung genommen und es müssen weitere Schritte beraten werden, um eine geschlossene proletarische Klassenkampf-front aufzurichten, die die deutsche Arbeiterschaft aus ihrer Ohnmacht und Zersplitterung herausführt. Das ist das dringendste Gebot der Stunde.

Die Forderungen

der Reichsdelegationen und der Berliner Betriebsvertreterkonferenz

- 1. Die Konferenz fordert den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und die USA auf, innerhalb 14 Tagen einen allgemeinen deutschen Betriebsvertreterkongress nach Berlin einzuberufen.
2. Der Kongress muß sich mit folgenden Punkten befassen:
a) Erreichung einer Amnestie für die politischen Gefangenen;
b) Durchführung der Forderungen, die in den Aufrufen des ADGB und der USPD enthalten sind;
c) Vor allem: Abwälzung der Steuerlasten auf die Schultern der Besitzenden (Sachwertersatzung usw.);
d) Sicherstellung der Volksernährung durch Erfassung aller Lebensmittel und Verteilung durch die Organisationen der Gewerkschaften und Betriebsräte;
e) Organisation der Lebensmittelproduktion durch Organe der Arbeiterschaft und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen.

Ein Ablenkungsversuch.

Die Sozialdemokraten und der preussische Spitzekommissar Weismann arbeiten Hand in Hand, um die Einheitsfront der Arbeiter zu zersplittern.

In der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 25. November sind zwei Berichte über die mitteldeutschen Kämpfe veröffentlicht, die von Lemb und Bowski verfaßt sind. Diese Berichte wurden der Genossin Zetlin Anfang Juni bei ihrer Reise nach Rußland zum 3. Kongress der Kommunistischen Internationale an der deutschen Grenze abgenommen. Sie befanden sich bis jetzt im Besitz des Staatskommissars für öffentliche Ordnung, Weismann, und erscheinen jetzt plötzlich im „Vorwärts“. Es ist höchst sonderbar, daß auf Grund dieser Berichte der Staatskommissar nicht bereits im Juni gegen die Beteiligten öffentliche Anklage erhoben hat. Das ist ein Beweis dafür, daß der Staatskommissar selbst diese Berichte für unwar gehalten hat, denn sonst wäre es seine Pflicht gewesen, Anklage zu erheben.

Bei der Veröffentlichung dieser Berichte in der sozialdemokratischen Presse handelt es sich um nichts anderes als um ein durchsichtiges politisches Manöver des „Vorwärts“, der den sozialdemokratischen Minister Severting aus der verzweifelten Lage, in die er durch den Untersuchungsstandesbericht über die Schandtaten der Spies geraten ist, herauszuhalten beabsichtigt. Der „Vorwärts“ will heute, wo eine mächtige Bewegung der Arbeiter für die politische Amnestie eingesetzt hat, seinen und Severtings Verrat wahlloser, indem er die Aufmerksamkeit der Bevölkerung durch eine Propaganda gegen die Kommunistische Partei von der Amnestieforderung abzulenken versucht.

Die beiden veröffentlichten Berichte legen dem Zentralausschuß der Kommunistischen Partei vom 4. und 5. Mai 1921 vor. Er hat vor dem Zentralausschuß eine Vernehmung der Beteiligten stattgefunden, die ergab, daß diese Berichte, die nach der Fälschung im Auftrag Paul Weis angefertigt wurden, teils völlig unwahre Behauptungen enthielten, andererseits charakteristische Mängel, die die Genossen lediglich vom Übersetzen in ihr Protokoll aufzunehmen hatten. Wir werden die damals anwesenden Protokolle der Beteiligten, sowie die vom Zentralausschuß in dieser An-

gelegenheit gefaßten Beschlüsse noch nachträglich in unserer Parteipresse veröffentlichen.

Die Redaktion des „Vorwärts“ irrt, wenn sie glaubt, durch dieses Manöver die Arbeiter von der Bewegung für die Amnestierung der Inhaftierten ablenken zu können. Die Arbeitermassen werden auf dieses Schwindelmanöver der Sozialdemokraten nicht hereinfallen.

Ebenso wenig wird es dem „Vorwärts“ und der SPD gelingen, durch das Geschrei von einem angeblich beabsichtigten Ruffsch der Kommunisten die mit der zunehmenden Verarmung von Tag zu Tag steigende Erregung der Arbeitermassen und auch der eigenen Anhänger der Sozialdemokratie vor der Forderung der sozialdemokratischen Konfessionspolitik abzulenken. Keine noch so raffinierte Kommunistenheuschrecke mit Hilfe des Spitzekommissars Weismann wird den gemeinsamen Aufmarsch der Arbeiterklasse gegen das Bürgertum und seine Helfershelfer verhindern können.

Zentrale der SPD.

SPD.-Arbeiter und sozialdemokrat. Parteileitung.

Gasse, 25. November.

Gestern abend erschien in einer Sitzung der Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre die Kommission, die als Vertretung der Haller Arbeiterschaft an der Versammlung der Berliner Betriebsräte und der Betriebsdelegation aus dem Reich teilnahm. Die Abstimmung ergab, daß sich die Versammlung gegen eine starke Minderheit, die den sofortigen Beschluß des Generalkonfessions zur Befreiung der politischen Gefangenen verlangte, mit den in Berlin gefaßten Beschlüssen einverstanden erklärte. Der SPD.-Delegierte Otto Müller gab folgende Erklärung ab:

„Ich erkläre, daß ich an der Konferenz, die am 23. November in Berlin weilte, nicht als offizieller Vertreter meiner Partei teilgenommen habe. Lediglich als Mensch fühlte ich mich bewegen, die Wahl der am 22. 11. parteilosen Funktionäre und Betriebsräteversammlung anzunehmen, um ebenfalls mit einzutreten für die politischen Gefangenen. Es ist ein Skandal und eine Schande, daß die Klassenossen wegen politischer Vergehen hinter Zuchthausmauern schmachten, während die Rappverbrecher ungehindert herumlaufen.“

Ich erkläre ferner im Einverständnis mit vielen meiner Parteigenossen, daß mir die Verwirklichung der Einheitsfront des Proletariats höher steht als das Interesse irgendeiner Parteirichtung. Ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, daß jeder werktätige Genosse, gleich welcher Richtung er angehört, jede sich bietende Gelegenheit benutzen muß, um dieses Ziel zu verwirklichen.

Ferner möchte ich feststellen, daß ich nicht zur Annahme der Wahl durch irgendeinen Druck bestimmt worden bin, um lediglich nur als Stütze der Kommission zu dienen. Ich betam während meiner Anwesenheit in Berlin die Überzeugung, daß man nicht gewillt ist, für eine einzelne Parteirichtung Stimmung zu machen. Aus der Erklärung des Abg. Kemmle, sowie aus den Ausführungen der einzelnen Delegierten aller Richtungen ging hervor, daß man allgemein den ehrlichen Willen hat, die gesamte Arbeiterschaft unter einer Losung zusammenzubringen, um gemeinsame Aktionen möglich zu machen.

Selbst wenn es zutrifft, daß die kommunistischen Genossen bei den bisherigen Verhandlungen nicht so behandelt haben, wie man erwarten, so ist es trotzdem Pflicht, jede sich bietende Gelegenheit zur Verkörperung zu benutzen. Auf den Vorwurf meiner Genossen, als Stütze gebildet zu haben, erkläre ich, daß selbst eine Stütze zu sein im Interesse der Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront immerhin noch besser ist, als eine Stütze für Stinnes und Konsorten. Kögen die Genossen dieser Richtung wissen, welchen Weg sie wählen. Unsere Parole ist: Für jede Dürftige der Reaktion einen Bankrott!

Otto Müller.

Die Verpflichtung gegenüber der Arbeiterschaft.

Was Hunderte von Resolutionen in langen Monaten nicht vermocht haben, ist jetzt in wenigen Tagen geschehen: namhafte Fortschritte auf dem Wege zur proletarischen Einheitsfront sind gemacht worden. Die Konferenz von Betriebsvertretern aus dem ganzen Reich mit den Berliner Betriebsräten, die Forderung des Reichsbetriebsrätekonfessions, um dem deutschen Proletariat ein Organ zu schaffen, das unmittelbar den Willen der Masse verkörpert, — all das sind verheißungsvolle Anfänge. Das hervorsteckendste Merkmal aller dieser Vorgänge aber ist, daß diese Anfänge eines gemeinsamen Handelns nicht der Verhandlungskunst irgendeiner Instanz, sondern unmittelbar der Selbsttätigkeit der breiten Massen entspringen, während ADGB und Parteivorstand der SPD durch die Ablehnung von Verhandlungen mit der KPD gezeigt haben, daß sie die Schaffung der Einheitsfront bewußt hintertreiben.

Die KPD kann auf die letzten Tage mit Stolz zurückblicken. Denn das, was wirklich erreicht worden ist, entspricht ihren seit jeher aufgestellten Forderungen. Die Willensbedingungen der proletarischen Masse haben vor aller Welt die Berechtigung und Wichtigkeit der kommunistischen Politik kundgetan. Noch aber ist das Meiste zu tun.

Allerdings hat sich die USPD zum Unterschied von der SPD und dem ADGB dem Willen der Massen untergeordnet. Sie hat sich der Arbeiterschaft gegenüber verpflichtet, für die Vorbereitung des gemeinsamen Kampfes zu sorgen. In der gemeinsamen Konferenz hat Rosenfeld erklärt, daß die USPD alle Parteinteressen zurückstellen werde, um die Herstellung der proletarischen Einheitsfront zu ermöglichen. Nach dem Scheitern der gemeinsamen Verhandlungen aller Organisationen hat sich der Parteivorstand der USPD, Lebehour, an die KPD mit der Aufforderung zu besonderen Verhandlungen mit der USPD gewandt.

Aber innerhalb der USPD sind gewisse Kräfte am Werk, die schon jetzt bestrebt sind, zu verhindern, daß diese Erklärungen in die Tat umgesetzt werden. Das Zentralorgan der Unabhängigen, die Berliner „Freiheit“, veröffentlicht einen Artikel von Eugen Prager über die Einheitsfront, der ausschließlich gegen die Kommunisten gerichtet ist. Prager operiert mit den alten Mäßen von den „knallenden Parolen“ der Kommunisten, wirft ihnen „agitatorische Bedürfnisse“ vor, schiebt ihnen unter, daß sie die Einheitsfront als „Kulisse für enge Parteizwecke“ auszunutzen wollten. Besonders charakteristisch für Pragers Auffassung ist, daß er Sturm dagegen läßt, daß die kommunistische Presse Resolutionen „unorganisiert“ veröffentlicht. Dabei sind aber gerade in der letzten Zeit viele, nicht die schlechtesten Arbeiter, enttäuscht von der Passivität der Partei- und Gewerkschaftsführer, ins Lager der unorganisierten abgewandert. Diese Arbeiter in die allgemeine Kampffront des Proletariats einzureihen, ist selbstverständliche Aufgabe einer revolutionären Politik.

Prager, der dies alles schreibt, ist Korrespondent der „Leibziger Volkszeitung“. Diese USPD-Zeitung hat sich gerade in den letzten Tagen zur Wortführerin einer Richtung gemacht, die um jeden Preis den Kampf gegen die Kommunisten fortsetzen will. Wir fragen die Arbeiter und auch das Zentralkomitee der USPD, wie diese Nicht-Pragers mit ihrem Aufruf und der sonstigen Stellungnahme des Zentralkomitees der USPD vereinbar ist?

Selbstfalls muß man, solange die USPD in ihrer sonstigen Politik eine schwankende Haltung beibehält, annehmen, daß Kräfte wie die Pragers innerhalb der Partei einen bestimmten Einfluß ausüben. Trotz ihrer Erklärung für die proletarische Einheitsfront gibt die USPD noch immer nicht ihren alten Wunsch auf, mit den sozialdemokratischen Führern, die der Einheitsfront Abbruch zu tun den Krieg angefangen haben, zu einer Einigung

zu kommen. So hat die Berliner Organisation der USPD eine gemeinsame Kundgebung mit der SPD unter dem Hinweis abgelehnt, daß ein Einverständnis der SPD-Führer nicht zu erlangen sei.

Wir halten die Auffassung der USPD, daß es gelingen könnte, durch bloße Verhandlungen der Spitzenorganisationen eine gemeinsame Kampffront des Proletariats herzustellen, für falsch. Wir sind der Ansicht, daß es vergebliches Bemühen ist, alle Hoffnung auf die bessere Einigkeit der Gewerkschaftsführer zu setzen, daß die Einheitsfront nur hergestellt werden kann, wenn die Massen rechtzeitig für diese Forderung mobilisiert werden. Wir wollen jedoch darüber nicht streiten. Selbst wenn, was nach dem Bisherigen ausgeschlossen erscheint, die Aussicht bestehen würde, daß USPD und SPD sich für die Einheitsfront einsehen werden, würde ein fester Block der kommunistischen und unabhängigen Arbeiter das beste Druckmittel sein, um diese Entwicklung zu beschleunigen. In der gegenwärtigen Situation aber ist die Herstellung eines solchen Blockes die erste Notwendigkeit. Nur dadurch wird ein fester Rückhalt für die entscheidende proletarische Einheitsfront geschaffen, ein Kristallisationszentrum gebildet, das auch die sozialdemokratischen Arbeiter anziehen muß.

Die Verpflichtung, die die USPD gegenüber dem gesamten deutschen Proletariat übernommen hat, fordert, daß sie alles Schwanken aufgibt und sich klar, ohne Zögern auf den Boden dieses Programms stellt. Wir vertrauen darauf, daß der gesunde Sinn der unabhängigen Arbeiterschaft dies durchsetzen wird.

Die kommunistische Partei hat es nicht nötig, auf die USPD zu schimpfen, wie dies Prager behauptet. Nicht etwa aus Jactanzgefühl, sie wird sich überall das Recht der Kritik vorbehalten. Die kommunistische Partei betrachtet sich als Vollstreckerin des Willens der Arbeiterklasse, sie braucht keine durch billige agitatorische Kniffe errungene Scheinfolge: jeder Erfolg der Arbeiterklasse wird ein Erfolg der kommunistischen Partei, jede Tat der Arbeiterklasse eine Tat der kommunistischen Partei sein.

Verhandlungen zwischen USPD und der SPD.

Das Zentralkomitee der USPD hat auf Grund eines Aufrufes vom Sonntag sich an die beiden anderen sozialistischen Parteien, an den KPD und die KSA gewandt, um über die gemeinsame Durchführung parlamentarischer und außerparlamentarischer Maßnahmen gegen Feindung und Steuerraub zu beraten. Da diese gemeinsamen Beratungen an dem Widerstand der Führer der SPD und des KPD scheiterten, fand gestern eine Aussprache zwischen der Zentrale der USPD und der SPD statt. Es wurde über die sachlichen Forderungen, die von der Arbeiterschaft im jetzigen Moment aufzuheben sind (Erfassung der Sachwerte usw.), eine weitgehende Übereinkunft erzielt. Beide Parteienleitungen kamen überein, im Interesse der Durchführung dieser Forderungen in ständiger Fühlung miteinander zu bleiben und für ein möglichst geschlossenes Auftreten der gesamten Arbeiterschaft zugunsten dieser Forderungen überall innerhalb und außerhalb des Parlamentes einzutreten.

Drohender Streit in den Berliner Elektrizitätswerten.

Berlin, 21. November 1921.

Da der Magistrat jedes weitere Entgegenkommen gegenüber den Angehörigen der Elektrizitätswerte ablehnte, beendete eine Vertrauensmännerversammlung der Angehörigen, eine Abstimmung über die weiteren Schritte zu unternehmen, und empfahl die Ablehnung des Magistratsangebots. Es dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit mit einem Streit zu rechnen sein, der die gesamte Elektrizitätsversorgung der Hauptstadt in Mitleidenenschaft zieht.

Nach einer neueren Meldung sollen im ganzen etwa 90 Prozent aller abgegebenen Stimmen für den Streit sein. Zur Stunde liegen die Dinge so, daß die Entscheidung von der Haltung der SPD-Magistratsmitglieder abhängt.

Die der SPD und USPD angehörenden Magistratsmitglieder treten rückwärts für die Forderungen der Bergangehörigen ein. Inoffizielle Verhandlungen mit den SPD-Mitgliedern haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Diese stehen offenbar unter dem Einfluß ihres Parteimitgliedes Syndikus Lange, der wohl vorgibt, für die Interessen der Angehörigen einzustreten, sich aber immer hinter dem Räumler Harding verbirgt.

Da der in seiner Neben sozialistische Magistrat berechtigt ist, allein ohne die Stadtverordnetenversammlung die Forderungen der Angehörigen zu bewilligen, können sich diese bei den SPD-Magistratsmitgliedern bedanken, wenn ihre berechtigten Forderungen immer weiter hinausgeschleppt werden und sie jeden gezwungen werden, durch einen Streit ihre Forderungen durchzusetzen.

Beamten demonstration in Bremen.

Bremen, 21. November.

Heute hielten die Beamten eine tiefe Protestversammlung ab, wobei die Entzweiung über die niedrigen Gehälter zum Ausdruck kam. Nach der Versammlung kam es zu einer gemäßigten Demonstration vor dem Landratsamt, wo die Beamten hinsichtlich der Bewilligung ihrer Forderungen verhandelten.

Verhärzung des Streiks auf der Germania-Werft in Kiel.

Der Streik auf der Germania-Werft hat sich erheblich verschärft. Die Direktion macht die Wiederherstellung der Arbeit von Bedingungen abhängig, die von den Arbeitern abgelehnt werden. Auch hat die Direktion es sich vorbehalten, Arbeiter, die aufstehend (S) wirken, nicht wieder einzustellen. Weiter wird ein Handverbot für das ganze Gebiet der Werft ausgesprochen. Es ist offenbar, daß wieder der ganze Zustand der Werft gefährdet ist. Erst gibt man der Arbeiterschaft so wichtige Vorteile, wie denen für die heutige Forderungsmöglichkeit, wenn man ihnen auch noch die „Gehälter“, d. h. die niedrigsten Kollegen, gemäßigter werden.

Der Streik in den Holz-Kraftwerken.

M. Ludwigshafen, 21. November.

In den Kraftwerken Hamburg der Altonaer Holzwerke treten vornehmlich die Arbeiter in den Streik. Der größte Teil der Holz ist ohne Schwierigkeiten abtransportiert, der Streik der Holzarbeiter hat sich aber der Betrieb der Altonaer Kraftwerke vollständig auf.

Die Erfurter Eisenbahner gegen die Stimmföderung der Eisenbahnen.

Erfurt, 21. November.

In einer stark besuchten Eisenbahnerversammlung im Kaiseraal in Erfurt sprach der Bezirksleiter des vom Eisenbahnerverband. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 23. November im Erfurter Kaiseraal tagende öffentliche Eisenbahnerversammlung protestiert dagegen, daß in Verbindung mit der Frage einer Kredithilfe der Industriellen der Reichsverband der Industriellen die Entstaatlichung, also die Stimmföderung der Eisenbahnen fordert. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen an den Privatkapitalismus hätte zur Folge das weitere Sinken des Reallohnes, die verstärkte Ausbeutung von Arbeitern und Beamten, Unternehmerrückfall im Eisenbahnbetrieb, weitere Entföderung der Betriebsräte, weitere Durchbrechung des Arbeitsvertrages, weitere Entföderung von Arbeitern und Beamten. Die Rentabilität der Eisenbahnen, die gesunken ist durch die Kriegspolitik und Wirtschaft der Großindustriellen, soll nach den Vorschlägen der Industriellen gesteigert werden auf Kosten der Arbeiter und Beamten. Die anwesenden Eisenbahner sind bereit, mit allen Mitteln die Stimmföderung der Eisenbahnen zu verhindern. An Stelle der Kreditaktion der Industriellen fordern sie Erhöhung der Sachwerte durch den Staat, um die weitere Belastung der arbeitenden Bevölkerung mit neuen Steuern zu verhindern, und die Steuerbrüder der Kapitalisten zu unterbinden. Die Eisenbahner Erfurts fordern die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands und insbesondere den KPD auf, die einheitliche Kampffront aller Arbeiter und Angestellten zu bilden gegen die Maßnahmen der Großindustrie, für die Sicherung der arbeitenden Bevölkerung.“

Die Sturmglöcke

Im Befreiungskampf des Proletariats ist die kommunistische Presse.

Sie kündigt die Gefahr. Sie ruft zum Kampf. Sie zeigt den Weg zum Ziel.

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Abonniert die kommunistische Tageszeitung!

Der Schacher um die Steuern im Auschuß.

Der 11. Auschuß des Reichstages legte am Donnerstag seine Beratungen über das Vermögenssteuergesetz fort. Der Regierungvertreter Oppi ersuchte, die Beratung des Vermögenssteuergesetzes vorzugunehmen, damit sein Inkrafttreten am 1. Januar 1922 gewährleistet werde und die Gebührensicherheit sich rechtzeitig darauf einstellen könne. Die Frage soll heute nach Rücksprache mit den einzelnen Fraktionen entschieden werden.

Gleichzeitig verwies die Regierung auf die außerordentlichen Hindernisse und Schwierigkeiten, die der Normierung eines Goldwertmaßstabes gegenüberstehen. Man müsse vielmehr den beabsichtigten Zweck durch eine weite Staffelung der Tarife zu erreichen versuchen. Schließlich machte alsbald wieder einen seiner bekannten langatmigen Vorzüge gegen die Unerschlichkeit des Ultimatum und die Unhaltbarkeit der heutigen Einkommensteuer. Bei einem Einkommen von 30000 M. = 30 Dollar müsse man heute in Deutschland 5 Prozent Einkommensteuer zahlen. Wenn keine Stabilisierung der deutschen Währung eintrete — und diese sei bei Fortbestehen der Reparationen völlig ausgeschlossen —, so würden wir eine Preisrevolution bekommen, die alles in den Schutt jenseit.

In wenigen Monaten würde ein gewöhnlicher Arbeiter ein Einkommen von 100000 Mark erreichen müße, wenn er nur notwendig leben wollte.

Wir fühlen immer mehr auf das Niveau Deutsch-Oesterreich hinab. Die Rede Helfferichs rief die sozialdemokratischen Erklärungspositionen zu jedem Preis auf den Plan. Sie wurden rühmend und machend einem heiligen Fortschritt gegen die Verschleppungspolitik der Rechtsparlieren. Dr. Heitz drohte sogar mit der Entlassung der Minister der USPD. Breitscheid bekam von Helfferich das Wort Ungezogenheit an den Kopf geworfen und reagierte ziemlich heftig auf diese „Eichenswürstchen“.

Die SPD. tritt ein für eine Vereinfachung aller Bedarfsartikel.

Am 10. Auschuß, der sich mit den indirekten Steuern und Zöllen zu beschäftigen hatte, wurde am Donnerstag, den 21. November, über die Zölle und indirekten Steuern für Raffin., Lec. Kalas verhandelt. Während sich selbst die bürgerlichen Parteien gegen die Regierungsvorlage wandten, die eine unerbittliche Entzweiung aller Lebensbedarfsartikel bringen wird, trat als einzige Fraktion für die Regierungsvorlage die Sozialdemokratische Partei ein. Ihr Sprecher, der Abg. Reichmüller, erklärte i. d. R. daß sich auf den Standpunkt der Regierungsvorlage, daß Raffin., Kalas und Lec. Verstaatlicht seien, und daß unter allen Umständen die Einföderung von Bedarfsartikeln aus dem Ausland eingeschlossen werden müße, damit sie sich der heimischen Industrie näherte.

Darum geht klar hervor, daß es heute gegenüber der unerschütterlichen Vereinfachung aller Lebensbedarfsartikel keine Partei mehr mag, das Volk noch schwerer — belasten, außer der Sozialdemokratischen Partei, die in der Aktion steht, daß ihre Anhänger zu empfinden muß, daß man ihnen auch die ungeschwächtesten Seiten jenseit kann.

Am die Sachwertentföderung.

Eduard Bernstein gegen den KPD.

Zu Stimmföderung des Reichstages gab Eduard Bernstein eine Darlegung, wie er und seine Partei die Sachwertentföderung sah. Der wichtigste Punkt dieser Darlegungen ist folgender Satz: Die Erfassung könne geschehen durch Beteiligung des

Reichs an den Einnahmen der industriellen Unternehmungen, die in Anteilscheinen sichergestellt werden müßten.“

Eduard Bernstein scheint danach für die zehn Forderungen des KPD nicht viel übrig zu haben. Denn hat der Staat nur Anteilscheine oder Genussscheine, so erhält er kein Stimmrecht in der Aktionärversammlung, er verzichtet auf jeglichen Einfluß auf die Leitung des Betriebes. Das ist genau das Gegenteil von der „Mindestföderung“ des KPD.

„Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 2 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen.“

Nach Eduard Bernstein soll das Reich nicht Eigentümer eines Teils des Aktienkapitals werden, sondern sich mit Anteilscheinen abfinden. Wie beim Gesellschaftengesetz, wie beim Betriebsrätegesetz sucht er heute bei der „Erfassung der Sachwerte“ das Wesentliche fortzulassen, eine inhaltstlere Parole bleibt übrig.

Wir erwarten vom KPD, daß er in aller Schärfe gegen eine derartige Verdröhung Front macht. Die Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, jeden Arbeitenden satt zu machen, führt heute jeder an eigenen Leibe. Das Proletariat wird es sich nicht bieten lassen, daß hinter den Kulissen aus dem Kampfobjekt eine Pörsche gemacht wird; die organisierten Arbeiter und Angestellten, die der KPD aufgefördert hat, mit allem Nachdruck für die Sachwertentföderung einzutreten, haben um ihrer Existenz willen die Pflicht, die Macht ihrer Organisationen dafür mobil zu machen und alle abzurückeln, die sie daran hindern.

Der Mörderhüpfing Stennes auf freiem Fuß.

Berlin, 21. November.

Vor dem Schwurgericht in Roabit wird seit gestern gegen die Hundertschaft J. v. B. in der Nordische Buchholz verhandelt. Auf der Anklagebank sitzen zwei Hauptmänner: der Oberwachmeister Meyer und der Wachmeister Erzer. Die Hauptschuldigen, die intellektuellen Urheber des „dienlichen“ Mordes an dem Oberwachmeister Buchholz befinden sich auf freiem Fuß, sie sind als „Zeugen“ geladen. Hauptmann Stennes, der „zur Disposition gestellte“ Kommandeur der Hundertschaft J. v. B., ist nicht verhaftet! Stennes, der erwiegenmaßen in allen Teilen der eigentliche Urheber des Mordes an Buchholz, der Münzfälscher und Rappverbrecher ist, darf stolzen und erhobenen Hauptes im Gerichtssaal erscheinen. Nicht ohne Grund fürchtet die Regierung seine Verhaftung, denn die Schandtat dieses Orgehühners geschah in verantwortlicher Stellung, als oberste Exekutive in der Stimmrepublik.

Die Arbeiterschaft und mit ihr die gesamte übrige Schutzpolizei weiß, daß die Verhandlungen vor dem Schwurgericht in Roabit in Sachen Buchholz als Komödie ausgehen werden, solange nicht der Hauptschuldige auf der Anklagebank sitzt. Sie fordern schon wegen der bestehenden Verdunkelungsgefahr die sofortige Verhaftung des Mörderhüpfings Stennes. Das Verfahren gegen die Hauptmänner Meyer und Erzer muß vom Staatsanwalt sofort mit dem gegen Stennes wegen Mordes, Münzfälschens verbunden werden. Einen ausführlichen Verhandlungsbericht werden wir nachtragen.

„Auflösung“ d. Freikorps u. Arbeitsgemeinschaften

WTB. Berlin, 21. November.

Die Reichsregierung hat heute nachstehende Bekanntmachung erlassen:

Auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177/178 des Friedensvertrages vom 22. März 1921 werden in Verfolg des Ultimatum der alliierten Regierungen vom 5. Mai 1921 die Organisationen Roffach, Hubertus, Kulob, Seydebreck und Oberland für aufgelöst erklärt.

Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Geldstrafe bis zu 50000 M. oder mit Festung bis zu drei Monaten oder mit Gefängnis bis zu gleicher Dauer bestraft.

Der amtliche Kommentar zu dieser Verfügung teilt mit, daß diese nur auf Grund einer Forderung der Entente erlassen worden sei. Die Regierung teilt weiter mit, daß besondere Maßnahmen eingeleitet worden seien, soweit „einwanderfreie wirtschaftliche Tendenzen“ der Arbeitsgemeinschaften durch Auflösung betroffen werden.

Dieser Kommentar der Regierung kündigt an, daß die „aufgelösten“ Verbände ebenso lustig weiter bestehen werden, wie die „aufgelösten“ bayerische Orgel.

Breslau, 21. November.

Gestern kam es anfänglich einer kommunistischen Versammlung in Pils bei Reuplatz (Schlesien) zu heftigen Zusammenstößen mit Angehörigen der „aufgelösten“ Brigade Ehrhard. Jirma Ehrhard-Leute versuchten die Versammlung mit Gewalt auseinanderzutreiben. Ein härteres Aufgebot von Schutzpolizei mußte eingreifen, um Unverletztes durch die Ehrhard-Leute zu verhindern.

Wenn sich Kriegsverbrecher in Haft befinden.

TU. München, 21. November.

Zu der rätselhaften Flucht des Oberleutnants Boldt aus dem Untersuchungsgefängnis in Hamburg gibt die „München-Abendzeitung“ auf Grund zuverlässiger Information folgende Erklärung: Die Behauptung, Boldt sei unter Druck des Ehrenortes entflohen, ist nicht zutreffend. Er habe allerdings dem Gefängnisdirektor ehrenamtlich zugehört, nicht zu entfliehen, aber nur auf die Dauer eines Vierteljahres. Diese Frist sei am 15. November abgelaufen gewesen und Boldt habe dem Gefängnisdirektor noch besonders auf diejenige Umstand hingewiesen. Es könne daher keine Rede davon sein, daß Boldt sich einen Wortbruch habe zuschulden kommen lassen.

Kriegsverbrecher und reaktionäre Offiziere brauchen, um frei zu kommen, nicht zum Hungerstreik zu greifen. Sie entkommen auf „rauhelhafter“ Weise, nachdem sie vorher den Gefängnisdirektor ausdrücklich darauf hingewiesen haben, daß sie sich an nichts mehr gebunden halten.

Reaktionäre Proletarier treffen solche gewalttätige Gefängnisdirektoren nicht an. Wenn auch ihre Finger selber über sie selbst an Gefängnis zugrunde gehen, die Gefängnisdirektoren sitzen sich vor ihnen nicht.

Zuchthaus in Lichtenburg.

Bericht der USB- und SPD-Vertreter im Untersuchungsausschuss.

(Wegen Raummangel mußte dieser Bericht bis heute zurückgestellt werden.)

Auf Grund des Beschlusses des Reichstages vom 19. d. M. begaben wir uns gestern mit dem vom Reichstag eingesetzten Untersuchungsausschuss nach Lichtenburg. Das dortige Zuchthaus ist eine große Strafanstalt, die mit mehr als 700 Gefangenen besetzt ist. Sie liegt weit ab von den großen Verkehrsstraßen zwischen Bitterberg und Torgau. Jede und fast von außen, und erst im Inneren ist die Anstalt nur zu sehr geeignet, den Besucher mit Schauern zu erfüllen. Auf den beiden Höfen des Zuchthaus steht nicht ein einziger Baum. Moderne Formideen scheinen noch nicht bis nach Lichtenburg gedrungen zu sein.

In diesem Willen mag die Verweisung nur zu leicht die Unglücklichen ergreifen, die dort auf Jahre, auf Jahrzehnte, auf Lebenszeit untergebracht sind.

Die politischen Gefangenen, durchweg Männer, die sich an der kommunistischen Märzaktion in Mitteldeutschland beteiligt haben, hatten bis vor kurzem immer noch die Hoffnung auf eine Amnestie. Als sie am Sonnabend, den 12. d. M., erfuhren, daß der Rechtsausschuss des Reichstages die Amnestie (gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten) abgelehnt hatte, verzweifeln sie völlig. 130 Gefangene beschloßen, in den Hungerstreik zu treten und führten diesen Beschluß durch.

Wir haben alle Verhafteten, die sich in Lichtenburg befinden, sprechen können. Nicht ein einziger hatte eine Klage über Behandlung, Verpflegung oder Unterbringung. Alle hatten „nur“ die eine Beschwerde: die Verichte hatten sie zu schlecht behandelt, hatten die Klassenjustiz gar zu erbarmungslos gegen sie angewandt. Die Parole der Hungerstreikenden, die uns von vielen Gefangenen zugerufen wurde, war: Freiheit oder Tod!

130 Gefangene sind in den Hungerstreik getreten, 31 waren bereits vor unserem Eintreffen in Lichtenburg in das Hauptstadl-Gefängnis in Torgau gebracht worden. Von den in Lichtenburg Zurückgelassenen hatten zwei Drittel den Hungerstreik aufgegeben. Etwa 30 hielten weiter aus. Ein ist ein Selbstmord. Bewundernswert jene Männer, die trotz aller Bemühungen der Behörden, der Geistlichen und der Ärzte immer wieder die Aufnahme des Essens verweigerten. Ein Beispiel an Opfermut für die gesamte Arbeiterschaft!

In Lebensgefahr war anscheinend niemand von den Gefangenen. Das ärztliche Mitglied des Untersuchungsausschusses, Abgeordneter Grothaus (SPD), hat dies festgestellt. Die Streikenden waren zum Teil allerdings geschwächt, aber jeder, den wir sprachen, war in der Lage, zusammenhängend und ohne Schwierigkeit seine Situation zu schildern und seine Sache zu vertreten. Schmutzlos und einfach war ihre Rede. In so ergreifender wirkte, wie uns schien, selbst auf das am weitesten rechtsstehende Mitglied des Untersuchungsausschusses das traurige Los der Gefangenen.

Wir sprachen Gefangene, die lediglich wegen ihrer Teilnahme am offenen Kampf, wegen Requirierung von Lebensmitteln und Geld für die „rote Armee“ auf Jahre ins Zuchthaus gesteckt worden sind. Die meisten Gefangenen waren unbeschäftigt, bis sie das Zuchthausurteil traf. Unerschrocken, daß man gegen solche Männer die allgemein als entsetzlich empfundene Strafe des Zuchthauses festgesetzt und sie damit auf eine Stufe mit gemeinen Verbrechern gestellt hat.

Verzeichnend war, daß in den Klagen der meisten dieser „Schwerverbrecher“ vor allem die Sorge um Frau und Kind eine Rolle spielte. Diese Sorge noch im Zuchthaus zeigt am besten den edlen Charakter dieser Männer.

Nach den Berichten der Gefängnisbeamten waren die politischen Gefangenen zunächst in zwei Gruppen, durch eine offene Tür verbundenem Zellen untergebracht. Die während des Zusammenbruchs der Gefangenen in diesem Räume unternommenen Versuche, sie vom Hungerstreik abzubringen, waren vergeblich. Die Gefangenen blieben fest, wie die Verwaltung annahm, insolge des Terrors einzelner. Man trat daher dem Gedanken näher, die Gefangenen voneinander zu trennen, traf Vorbereitungen für die Aufnahme eines Teiles von ihnen in Torgau und ging daran, die Trennung durchzuführen. Man suchte besonders ruhige und erfahrene Gefängnisbeamte aus und ordnete an, daß kein Beamter Waffen bei sich führen und niemand geschlagen werden dürfe. Es gelang dann am Sonnabend, wie wir uns versichert, in aller Ruhe, etwa 30 Gefangene nach Torgau zu bringen und die übrigen teils zu 3 und 4, teils (im Casaretti) zu 15 in Lichtenburg unterzubringen. Nach Mitteilung der Gefängnisverwaltung soll beim Abtransport aus Lichtenburg der von der kommunistischen Partei entsandte Arzt, Dr. Klauer, dabei gewesen und sich davon überzeugt haben, daß die nach Torgau Überführten mit der Verleugung einverstanden waren. Der Hungerstreik war ein Akt der Verzweiflung und in der Tat kann der heutige Strafvolzug verzweifeln machen. Kein Spinnwebgeflecht bringt ihn ins Zuchthaus.

Die preussische Justizverwaltung verbietet kommunistische Zeitungen überhört und läßt andere Zeitungen nur zu, nachdem sie zensuriert sind. Wenn eine Zeitung Angriffe auf die Regierung enthält, werden solche Artikel herausgeschnitten. Das so zensurierte Zeitungen erregt recht Erregung unter die Gefangenen bringen, scheint einer weisen Justizverwaltung nicht bekannt zu sein. Als gewisse Rosenfeld den Gefangenen Exemplare der „Freiheit“ mit dem Bericht über die Reichstagsverhandlung vom letzten Sonnabend (die Verprechung des

Kampfanfrage des Preußenparlamentes

Keine Rettung, keine Amnestie für die politischen Gefangenen — aber Erdrosselungsparagrafen gegen die Kommunisten.

Berlin, 23. November.

Nächtliche Tagung im Preußenparlament — und trotzdem jedesmal vollbesetztes Haus. Sonst, selbst bei den wichtigsten Anlässen, sprachen die Redner vor-leeren Bänken; nur spärliche Horchposten der einzelnen Parteien langweilten sich auf ihren Plätzen. Was ist jetzt los? Was ist plötzlich in die Abgeordneten gefahren? Diejenigen, die sonst das ganze Jahr nicht arbeiten, die Herren mit den Schmissen und den blauen Häuten aus der Deutschen Volkspartei, aus dem Zentrum, von den Deutschnationalen, sie leisten plötzlich Überstunden; von Montags abends 7 Uhr bis Dienstags morgens 4 Uhr — und jetzt wieder von Mittwoch mittags 12 bis Donnerstag früh 5 Uhr. Wichtige Gründe sind es, die die Fansenzer und ihre Freunde und Knechte bewegen haben, dieses schwere Opfer zu bringen und zwei Nächte durchzuhalten.

Am Dienstag ging es darum, die Anträge der Kommunisten und Unabhängigen auf Amnestierung der Hungerstreikenden in Lichtenburg zu Fall zu bringen. Zu groß und tief ist der Haß der Bourgeoisie gegen diejenigen, die einen Augenblick lang, damals in den Märztagen, ihre Herrschaft wieder zu erschüttern drohten: „Nieder mit den „Verbrechern“ aus Mitteldeutschland! Barum streifen sie; laßt sie doch verrotten, wenn sie nicht essen wollen! Koch wie ist die nackte Brutalität und die blutdürstige Rachgier der deutschen Kapitalistenvertreter so groß zum Ausdruck gekommen, wie in diesen beiden Sitzungen des Preußenparlamentes. Draußen im Lande scharen sich die Proletarier in einheitlicher Front zusammen zum Protest gegen die viehische Behandlung ihrer Klassenangehörigen in den Gefängnissen und Zuchthäusern; ein Betrieb nach dem andern schickt Arbeiterdeputationen zu den Justizministern, um ihnen den Willen der Arbeiterschaft kundzutun, um Amnestie zu fordern. Derweilen lachen und höhnen im Parlament die Vertreter der Regierung und der bürgerlichen Parteien, wenn die Kommunisten und Unabhängigen die icktraurigen erschütternden Verbältnisse, in denen Menschen in Preußen leben und langsam zu Tode gequält werden, aufrollen. Das Schändliche, das Schandvolle dabei ist, daß sogenannte Arbeitervertreter, die Abgeordneten der SPD, in Reich und Glied in der Front der gesamtanten Reaktion stehen. Sie gehören jetzt zur großen Koalition, und diese legt ihnen Verpflichtungen auf, die sie erfüllen müssen. Sie müssen Wütel sein. Die Sozialdemokraten bilden in den parlamentarischen Kämpfen dieser letzten Tage sogar die „größere Koalition“ zusammen mit den Deutschnationalen, mit denen sie bei jeder Abstimmung durch bis und dann gingen. Einige ihrer Leute sind ja endlich wieder Minister geworden, viele andere, die wegen der Stimmungsstimmlichkeit an die Staatsstrikte gelangt waren, aber unter dem Regime Siegelwald um ihre Posten stitteren, können jetzt wieder ruhig schlafen. Sie opfern dafür ihre ganze Vergangenheit, ihre Klassenloyalität, ihrem neuen Gott Stimmes. Nur wenige gibt es unter ihnen, die ihr proletarisches Schwamgefühl getrennt und heute nacht aus diesem Schandparlament weggetragen hat. Die Sozialdemokraten lassen die gequälten, gepeinigten verzweifelnden Proletarier, die sich in ihrer Not auch an sie gewandt hatten, im Stich und schlagen sich zu den gebetteten Füßen der Feinde der Arbeiterschaft. Die sozialdemokratischen Führer haben sich noch nie so gründlich entlarvt, wie bei dieser Gelegenheit. Ein anfänglicher Arbeiter mühte sich schämen, noch länger unter der Führung solcher Vertreter zu bleiben. Als der jetzige Landtagspräsident Leinert als Abgeordneter des Dreiklassenparlamentes im Jahre 1912 mit Volljährigkeit aus dem Hause gezerrt werden sollte, da schickten die Berliner Arbeiter ihm, Vorward und Hirsch je einen Stroh, mit denen sie sich das nächste Mal vor den Junktur wehren sollten. Es befechtete blühartig den Niedergang des sozialdemokratischen Führertums, als unter Genosse Schulz diese Stroh auf der Rednertribüne „enthielt“ und der SPD ihre gänzliche Verklumpung seit jenen Tagen des Jahres 1912 nachwies.

Die tausende politische Gefangenen in den Folterkammern Preußens mühten verzweifeln, wenn sie auf Hilfe aus der Front von Hergt bis Hellmann, wenn sie auf Rettung durch das preussische Schandparlament warten sollten. Die Kommunisten und die Unabhängigen haben in den Dauer-sitzungen vom Dienstag, Mittwoch und Donnerstag treu zu-

sammengestanden und die Ehre der revolutionären Arbeiterschaft inmitten einer zum Teil entmenschten und moralisch verkommenen, zum Teil korruptierten, durch und durch ver-logenen Gesellschaft hochgehalten.

Aus Rage gegen die Anklagen der Vertreter der revolutionären Arbeiter, um der Forderung des Großkapitals auf Mundtotmachung der kommunistischen und unabhängigen Arbeiter nachzukommen, setzte die reaktionäre Mehrheit, nachdem ihr der erste Streich gelungen war, auf die nächstfolgende Sitzung am Mittwoch die Beratung einer neuen Geschäftsordnung, die nichts anderes bedeutet, als die Schaffung eines neuen Sozialistengesetzes. Sie enthält Paragraphen, die es u. a. dem Präsidenten ermöglichen, die oppositionellen Abgeordneten auf 8 oder 14 Tage aus dem Landtag auszuschließen. Das war die Antwort auf die Amnestieforderung der Kommunisten und Unabhängigen. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die Kommunisten in der schärfsten Form und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dieses schändliche Machwerk bekämpften. Sie stellten einige Duzend Änderungsanträge und nahmen in der Obstruktion fast zu jedem einzelnen von diesen das Wort. Sie führten die fürmischsten Szenen herbei, um die Abgeordneten des Bürgertums und der Rechtssozialdemokratie zu zwingen, sich noch mehr zu demastieren. „Noch viel mehr müßte die Geschäftsordnung verschärft werden“, riefen SPD-Arbeitervertreter in ihrer ohnmächtigen Wut und enthielten dadurch ihre wahre Gesinnung. Fast zu jedem der 94 Paragraphen hatten die Kommunisten einen Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt. In regelmäßiger Eintönigkeit, von 6 Uhr abends bis 5 Uhr morgens, schlugen jeden Augenblick die Abstimmungs-glocken im Hause Alarm. Vom Wein-, Bier- und Schnapsglas zum Sitzungssaal, von da zurück zu Schnaps, Bier und Wein — duzende Male mußten die Koalitionsherrn diesen Weg gehen, und immer schwerer wurden manchem von ihnen die Beine, immer lustiger die Stimmung, aber der Haß hielt sie zusammen. Die Kommunisten sorgten dafür, daß dieses Parlament den letzten Rest von Achtung verlor, den es noch be-sitzen konnte. In seiner vierstündigen Sitzung im Rechtssozialisten den Antrag, mit dem Rauchen im Sitzungssaal zu beginnen, worauf unsere Genossen beantragten, doch auch gleich die Rantime im Saale einzurichten, um die Romdrie zu ver-vollständigen. Es spielten sich Szenen ab, die dem Beobachter die Frage aufdrängte: „Ist dies ein Parlament, aber wird hier eine Affensanddie ausgeführt?“ Als der brüchige Paragraph 39, der Erdrosselungsparagraf, zur Abstimmung kam, ging jedes Wort und jeder Glockenschlag des Präsidenten in dem Weifen und den Strenen der Kommunisten unter. Wieberndes Ge-lächter aber und lebhaftes Bravo erglöh in den Reihen der „größeren Koalition“, als diese an den Gebärden des Prä-sidenten merkte, daß der Schandparagraf angenommen war. Die verdamnten Kommunisten hatten einem das Leben bisher-sauer genug gemacht, jetzt hatte man endlich die Waffe in der Hand, um ihnen bei der ersten Gelegenheit den „Mund zu stopfen“. Die Redner konnten in der Dämlichkeit nicht schnell genug laufen, um all die Plätschen an die Tische zu schaffen, mit denen dieses freudige Ereignis begossen wurde.

Am Schluß dieser Sitzung, heute früh um 16 Uhr, jachte dieses Parlament noch einmal alles an Verkommenheit und Verlogenheit zusammen, dessen es in seinem Jahre noch fähig war. Als unsere Genossen Meyer und Raab das an-genommene Schandgesetz noch einmal geistelten, als sie forderten, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Frage der Amnestie zu setzen, da versprach noch einmal die ganze Reute ihren Geißel, da schaute sie wiederum von Hergt bis Hellmann die Beratung der Amnestie ab. Zur Genüge hätten sie getan, erklärte der Rechtssozialist Rieger, und er und der Präsident Leinert besaßen die eiserne Stirn, zu behaupten, die Kom-munisten hätten in den letzten Wochen niemals von Amnestie gesprochen! Den aus tiefster empörten Genossen der SPD und USB wurde unter dem Beifallsheulen des ganzen Hauses das Wort abgegeschnitten, als sie diese ungeheuerliche schamlose Behauptung zurückweisen wollten. Denn die Kommunisten haben in den letzten Wochen immer und immer wieder die Forderung nach der Amnestie erhoben.

Verlogen, feige, bis in die tiefsten Fasern verborben ist dieses Preußenparlament. Wir hoffen und arbeiten hin auf den Tag, an dem die Haupt des Proletariats dieses konter-revolutionäre Rest treiben und ihm sein arbeitserfindliches Handwerk legen wird.

Hungerstreiks) ausständigte, erhob der Vertreter der preussischen Justizverwaltung Einspruch und ließ die Verteilung der Zeitung nicht zu. Genosse Rosenfeld mußte die Zeitung der Gefängnis-direktion zur Penjur übergeben.

Wägt der Strafvolzug auch viel zu wünschen übrig: der Hungerstreik der politischen Gefangenen richtet sich nicht in erster Linie gegen den Strafvolzug, sondern gegen die Klassenjustiz, gegen die Naturteile der Annahmegerichte, gegen die Mehrheit des Reichstages, die die Amnestie ablehnte und gegen die Gesellschaft, welche die Frauen und Kinder politischer Gefangener hungern läßt. Der Untersuchungsausschuss wird die Urteile nachprüfen und wir wollen hoffen, daß diese Revision zu einer Freilassung der politischen Gefangenen führt.

Die Arbeiterschaft aller Richtungen darf nicht erlahmen in ihrem Interesse für die „Zuchthäuser“. Es handelt sich um

Klassenkämpfer, die für die große Sache des Proletariats Opfer gebracht haben und weiter Opfer zu bringen bereit sind. Sie entbehren die Freiheit bereits acht Monate; sie haben genug gelitten und sie haben durch ihren heldenhaften Hungerstreik gezeigt, daß sie bereit sind, ihr Leben von neuem zu opfern. Die Götter für die Anderen und alle für die Befreiung der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Parole der hungernden Genossen lautet: Freiheit oder Tod! Diese Parole muß wiederhall finden in der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Sorgen die Klassenbewußten deutschen Arbeiter dafür, daß der Druck auf die Regierung so verhärtet wird, daß den politischen Gefangenen nicht der Tod hinter Kerkermauern, sondern die Freiheit wird!

Berlin, den 21. November 1921.
Joseph Herzfeld, Kurt Rojewfeld.

Wirbelsturm.

Roman von Andor Nagu.

Ans dem ungarischen Roman „Die Abenteuer von Stefan I. Melein“.

„Und so ist es in Ordnung.“ — sprach er voll Wärme im Voraus, wo er neue Nachrichten erhoffte. — „Man würde sie nur austrotzen, wolle doch schon jeder als Herr auf unserem Rücken sitzen! Jetzt werden wir ihnen schon zeigen! Auch ich gehe nach unten die Soldaten, will auch selbst einigen Juden die Haut abziehen.“

Die Hofmeisterin, Frau Jitvan Matsay, eine breitflache, hochgewachsene, magere Frau, die hinterste Bütte eines Kinnarsbeamten, war eine in die Kirche lauzende, bigotte, freud-les lebende, netzliche, jüdische Person, die sich über das Angenehme anderer zu freuen vermochte. Seit Jahren war es ihr höchste Verlangen, über eine wohlhabende Witwe, diese zu öffnen, Geheimnisse aufzulockern, jüdische Korrespondenzen auszuwickeln, mit schändlicher Wut ausstreichende verlebte menschliche Absichten zu zerbrechen. Das was die vernünftigen Leidenschaften mit ihr erschütterte wider Gewalt im Land auf-lebten, bedeutete für sie eine beglückende Freude. Den ganzen Tag zerrte sie unermüdetlich an dem alten jüdischen Leichnam, erkrankte sich rasch und bald, als das ungarische Volk bereits ermüdet und das gottlose elende Gemüht nach Gebüht befragte. Vor allem interessierte sie die Geschichte des Hofmeisters von Kapbar, denn dieser hatte eine Kontroverse oft und rätig für sich, wenn Angelegenheiten wegen des künftigen Erbanspruchs von Brüder einließen. Selbstverständlich, er war ein Heiler — brachte sie ins Telefon. — Ich will es be-schreiben, heißt ihn aus, Herr! Ich ein, betruet den Kopf!

Als sie die Nachricht bekam, der Chef sei seines Postens ent-halten worden, weil es sich herausgestellt hatte, seine Frau sei eine Jüdin, sprach sie von sich, als hätte sie auf dem Altar des Vaterlandes eine große patriotische Tat geopfert. Sie freute sich eine rot-weiß-große Kolarte an die flache Brust, ja so im Amt.

„Sie brauchen gar nicht weit zu gehen, um Juden die Haut abzuziehen.“ — jagte sie zu Matsay — „es finden sich ja auch in Ihrer Nähe einige.“
„Ach was! Die da!“ — Der Vorkalter verzog gering-schätzig den Mund. — „Der verkaufte Weiß, dieser schäbige Aufseher? Oder mein gnädiger Herr? Jene kleine Klaus mag mich wegen an Leben bleiben, dieser aber...“
„Wissen Sie, mit dem ist nicht gut anzukommen, die Hand eines solchen reichen Juden reicht weit, weiß der Teufel, wen der bedachen hat, man kann seinetwegen noch zur Verantwortung gezogen werden.“

„Wenn Sie wüßten, was die von Ihnen erzählt haben! Der Herr Weiß hat seinem gnädigen Herrn Verwandten wie ein Abvolat geschrieben, Tag für Tag, Matsay so und Matsay so, der Gaj saugt die ganze Zeit, nicht, was er kann...“
„Was soll ich Ihnen noch sagen? Gehen Sie, so ist der Herr Weiß!“

Matsay fragte sich jortig hinter dem Ohr.
„Auziß! Dieser Speichellecker!“
„Schen Sie!“
Er spreizte die bestieften Beine auseinander, ließ mit dem Stod gegen den Rücken und schüttelte den Kopf.
„Wer hätte ihn jetzt sagen sollen, daß Weiß, der arme Ver-wandte, ein einziges Mal den Hut fand, an den reichen Ver-wandten einen Brief zu schicken, ein einziges Mal, es war beim letzten Abend, er hat Weiß, die Geschäftigkeit zu übersehen, wenn aber keine Antwort, also eine Kopanzung auf sein-

hundert Kronen, ohne ein Wort. Wer hätte Matsay das zum sagen sollen, und wem hätte er es nun noch geglaubt?

„Auziß! Dieser Speichellecker!“

„Na und Ihr lieber gnädiger Herr! Der hat nur so die Befehle erteilt, abzugeben und abzugeben auf Ihre Finger, denn der Hungerleider spielt gar zu sehr den großen Herrn! So ist!“

„Verdammt!“
„Sein Gesicht wurde rot, barst jaß, am Halse schwellen ihm die Adern an, er schnaubte wie ein in die Enge getriebenes wildes Tier. Und nun fiel ihm auch die Geschichte mit den Köben ein... Die Beschämung, er hatte sich demütigen müssen, hatte mit sich Rachschlüssen lassen müssen...“

„Heilige Dreifaltigkeit!“
„Heißig ließ er den Stod in die Erde, sprach von seinem Ziß auf. Wirbelartige Wut erfaßte ihn.“

„Sie haben mir einen brennenden Schatzmann ins Ohr geschickt!“ — sprach er, schlechte die Zähne, die wild gegen-ander schlugen.

„Es ist aber wahr!“ — rief ihm Frau Matsay nach. — „Heute abend kommen den Kapbar der Rittermeister Graf Herzberg und dessen Felder! Sie haben schönlich Wohnung befragt. Der Unterrichter, dieser Ochse, ist ins Kapel gelaufen. Die gnädige Frau Weg, die verrückte, gekrümmte Dame, das angeputzte Ding, das für einen anständigen Menschen nicht einmal einen Blick hat, laßt auch schon ein Lehmann ab, daß sie den Herrn Grafen und dessen Offiziersfrau gerne zu Gaste sehe. Doch wohnt hier braunen Ehe...“
„Ich habe die Herren zu Ihnen geschickt, Herr von Matsay.“
„Und ich sage Ihnen, bereiten Sie sich vor!“
(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Die SPD., die Frauen und die politischen Gefangenen in Sachsenburg.

Die SPD. hatte für Montag, den 21. November, für Breslau in den Zentralbau eine öffentliche Frauenversammlung mit der Tagesordnung: „Die Not der Zeit“ und „Was fordern wir?“ einberufen, die sehr mäßig besucht war. In der die Reichstagsabgeordnete Abele Schreiber sprach. Wohl selten hat eine SPD.-Rednerin so wenig von Sozialismus und der Not der Frauen gesprochen als diese. Sie empfahl den Arbeiterinnen, nicht nur Martha, sondern Martha und Maria zu sein, d. h. sich auch am geistigen Leben zu beteiligen. — Die deutsche Verfassung sei die freieste der Welt und gebe der Frau die beste Gelegenheit, durch die Wahl mit zu entscheiden über ihr Schicksal. Die Rednerin ging dann auf den Friedensvertrag ein, jammerte über den Verlust der Ostprovinzen, Oberschlesien usw., um dank über die Feinde der SPD., denen von rechts und links, nämlich den Kommunisten, die sie nicht für ungefährlich hielt (wir danken für die Anwesenheit) zu sprechen. Die Folge war ein Herunterreißen der Volkswirtschaft und ihrer Politik und der Zustände in Rußland. Sie fuhr fort und erklärte, wenn es uns schon schlecht gehe, müssen wir versuchen, erstklassige Gelehrte zu schaffen, um schließlich bei der Steuerfrage den Bankrott der SPD.-Politik zu verkünden mit den Worten: Die Kapitalisten finden bei der Steuererhebung infolge ihrer Feindschaft immer wieder 1000 Wege, um diese zu umgehen. Nachdem die Rednerin noch den SPD.-Justizminister Prof. Radbruch über den grünen Ake gelobt und die Kommunisten anlässlich des Hungerstreiks der Gefangenen mit allerlei Liebenswürdigkeiten bedacht hatte, schüttelte sie ihr pazifistisches Herz aus.

In der Diskussion sprach Gen. Gräf für eine Unterdrückung aller Breslauer Arbeiter, für die Entlassung der Sachsenburger Gefangenen, die die Gewerkschaften und Parteien in die Wege leiten sollten und legte eine diesbezügliche Entschließung der Versammlung vor.

Im Verlaufe der Diskussion wendeten sich mehrere SPD.-Rednerinnen gegen die Referentin. Neben Gen. Fränkel (USP.) und Ulrich (SPD.), die für die vorgeschlagene Resolution eintraten, ist herauszuheben die Rede der Genossin Heinsge von den Erwerbslosen, die auf die Not der Frauen und Erwerbslosen einwirkte, die Gewerkschaften und Parteien zu gemeinsamen Aktionen gegen die Forderung aufforderte und mit den Worten schloß, daß die Frauen den Männern im Kampfe vorangehen werden. Sie erntete starken Beifall. Unterdessen hatte man eine Resolution von der SPD. eingebracht, die befaßt, daß man dem Reichsjustizminister Radbruch das Vertrauen ausspricht und ihn auffordert, sofort eine Nachprüfung aller Urteile der politischen Gefangenen vorzunehmen. Man ließ den Boden hierfür durch mehrere Redner der SPD. vorbereiten und stimmte nach dem Schlußwort Aabels Schreiber, obwohl unsere Entschließung die weitgehendste war, trotz Protestes zuerst über die der SPD. ab und erreichte nun die Ablehnung unserer Entschließung. Wahrscheinlich die SPD. ist tief geunten. Die Begründung der Ablehnung ist, daß man sich nicht vom Hungerstreik beeinflussen lassen darf, sonst könnte jeder gemeine Verbrecher fähig in den Hungerstreik treten, um entlassen zu werden und dann hätte jede geordnete Rechtspflege auf. — Es hat Zeiten gegeben, da klangen andere Löhne aus dem Munde von Sozialdemokraten und von Pazifisten wie in dieser Versammlung von Abele Schreiber. Es ist eine schlechte Sache, wenn man als Pazifistin gegen jede Gewalt ist und als Inhaber der Gewalt, politische Gefangene zu Grunde gehen läßt.

istfen wie in dieser Versammlung von Abele Schreiber. Es ist eine schlechte Sache, wenn man als Pazifistin gegen jede Gewalt ist und als Inhaber der Gewalt, politische Gefangene zu Grunde gehen läßt.

Aus der Provinz.

Landesversammlung im Kreise Grünberg.

Die SPD. hatte für den 19. November in Schweinitz eine Landarbeiterversammlung einberufen. Wegen der Typhusepidemie, die schon 12 Todesopfer kostete, verfiel die Versammlung dem Verbot. Wir setzten trotzdem ca. 100 Landbroschüren ab.

Am Sonntag, den 20. November, sprach Gen. Gräf, vorm., in Heinrichau über Forderung und wirtschaftliche Lage. Seine sachlichen Ausführungen fanden starken Beifall. Ein Diskussionsredner (SPD.-Mann) wurde im Schlußwort treffend widerlegt. Am Schluß wurde eine Teilerammlung veranstaltet.

Denselben Tag, nachm. 3 Uhr, sprach Gen. Gräf in Kühnau. Er ging ausführlich auf die Ursachen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs ein, bewies an Hand zahlreicher Materials die Sabotage der Junker durch Einschränkung der landwirtschaftlichen Erzeugung und wies nach, daß die Kräftigsten Wirtschaftsgewinne einstecken, während die Kleinbauern und Landarbeiter den größten Teil der Lasten zu tragen haben. Der Referent fand mit seinem leichtverständlichen und überzeugenden Ausführungen allgemeinen Beifall. Im Schlußwort freizog Gen. Gräf die Washingtoner Abrüstungskomodie, geißelte das Gemächere der SPD.-Presse über diese neue Enttäuschung und präziserte den Standpunkt der Kommunisten. Die gutbesuchte Versammlung ging in bester Stimmung auseinander, die Teilerammlung ergab 21.-M.

Wir haben auch hier Fuß gefaßt und werden in diesem Sinne weiterarbeiten.

Öffentliche Versammlung in Haynau.

Am 2. fand hier eine öffentliche Versammlung unserer Partei statt. Genosse Haynau referierte über das Thema: Gegen Not, Elend und Hunger und gegen den Volksverrat. Er geißelte die ständischen Zustände, welche bei uns herrschen. Die vom VDSB. aufgestellten 10 Punkte müssen von den Arbeitern auch in die Tat umgesetzt werden, es darf nicht wieder bei Versprechungen bleiben, wie das immer der Fall gewesen ist. Jeder Arbeiter muß alles daran setzen, die Führer zum Handeln zu drängen. Nachdem Redner noch das Bündnis mit der Sozialdemokratie scharf kritisiert hatte, schloß er mit der Aufforderung, in geschlossener Front den Kapitalismus zu schlagen, wenn nicht die Arbeiterklasse vollends im Elend versinken wolle. Der reichliche Beifall zeigte, daß die Versammelten mit dem Redner einverstanden waren.

Diese Versammlung scheint es dem SPD.-Berichterstatter angetan zu haben. In einem langen Bericht in der „Haynauer Volkszeitung“, der gleich am Anfang den Reich über den starken Besuch der Versammlung durchblenden läßt, spricht er davon, daß die überlebenden 16 Kommunisten am Ort eine ansehnliche Besucherzahl auf die Beine gebracht hätten und daß der Saal der „Hoffnung“ bis auf den letzten Platz gefüllt war. Eins möchten wir dem SPD.-Schreiber sagen, wenn er einmal von jedem vollen Tugend Kugler unserer Partei am Orte, welche über jene 16 hinaus vorhanden sind, eine Bachtiefe bekäme, so dürften eine solche stattliche Anzahl zusammenkommen, daß das possierliche Herrchen sicher glauben würde, ins Trommelfeuer geraten zu sein. Am Schluß seiner Ausführungen macht er dann eine alberne Bemerkung darüber, daß der Vorsitzende unserer Ortsgruppe am Schluß aufforderte, in die politischen Arbeiterparteien einzutreten. Es schien uns dies notwendig, verehrter Freund, weil wir wissen, daß gerade hier in Haynau die SPD.-Arbeiter immer mehr einsehen, von was für geistigen Größen sie geführt werden und den Führern in den

eigenen Versammlungen ziemlich unverbüßt sagen, wie ihre Handlungweise zu bewerten ist. Machen Sie nur ruhig so weiter und wir werden einmal sehen, wer schneller auf jene 16 angelangt ist, die SPD. oder wir.

Rothenbach. Wieder ein Opfer für den „Moloch Kapitalismus“. Am 21. November verunglückte in der 5. Abteilung der Gustav-Grube der Benzol-Maschinenführer Kaschade aus der Maschinen-Abteilung tödlich. Ihm wurde zwischen Maschine und Streckenbau der Brustkorb eingedrückt. Es ist anzunehmen dadurch passiert, daß bei seiner Maschine der Sandstreuer funktioniert und der Verunglückte deshalb gezwungen war, die Maschine während der Fahrt zu verlassen, um Sand zu streuen. Auch sind die Förderstrecken stellenweise so schmal, daß die Maschinen die Bäume streifen. Der neue Betriebsführer — Herr Schneider — scheint viel Gewicht darauf zu legen, am falschen Fleck zu sparen. Seine neueste Verfügung befaßt, daß bei einem gefüllten Kohlenberg nur ein Kuppler mitfahren darf, wo hingegen früher stets zwei mitfahren. Auf der einen Seite reicher Dividendenlegen und auf der anderen Seite der Tod.

Buchwalz i. Hsgb. Die Nächstenliebe eines christlichen Erziehungsapostels. Eine ganz neue Strafmethodik scheint der Lehrer Heintze der hiesigen Volksschule einführen zu wollen. Als am Sonntag, den 5. d. M., das zehnjährige Mädchen des Fabrikarbeiters Hgt ihren Geberhalter vergaß mit in die Schule zu nehmen, bestrafte diese Heintze christlicher Liebe das Kind dadurch, daß er ihr die Frühstücksschnitten einfach wegnahm. Trotzdem dieser Erzieher meinte, daß das Kind einen weiteren Weg zur Schule hat, daß es nach dem Unterricht noch nach dem weiter entlegenen Quirt in den Religionsunterricht gehen mußte und zuletzt einen zweifelhafte Weg nach Hause hat, gab dieser Menschenfreund dem Kinde das Frühstücksbrot nicht zurück. Auf Veranlassung des Vaters von dem Kinde trat der Elternrat zusammen, welcher zum großen Teil aus Bauern besteht. Aber anstatt gegen dieses unerhörte Treiben des Lehrers scharf Stellung zu nehmen, wurde dieser Vorkfall im Beisein eines Vertreters der Schulbehörde mit einer kleinen Rüge erledigt. Es war ja nur das Kind eines Arbeiters.

Nur weiter so ihr Brüder in Christo, der Vergeltung der Unterdrückten werdet Ihr nicht entgehen.

Bunzlau. Heute früh sind hier sämtliche Holzarbeiter in den Streik getreten. Der Schlichtungsausschuß hat nach langem Schwärmen und Feilschen folgende Zulagen festgesetzt: ab 14. November pro Stunde 1,40 Mark, ab 5. Dezember 60 Pfg. Die rückständigen Innungsämter haben es verstanden, die Verhandlungen schon um acht Tage hinauszuverschieben. Jetzt haben sie uns folgenden Vertrag zur Annahme empfohlen: ab 28. November 1,40 M. und ab 11. Dezember 60 Pfg. zu zahlen. Dieses Angebot wurde von unseren Kollegen energisch zurückgewiesen. Wir fordern ab 14. November 1,40 M. pro Stunde Nachzahlung. Die Kollegen haben den Kartäusern mit der letzten Waffe, dem Streik geantwortet. Sie stehen geschlossen hinter der Ortsverwaltung und Streikleitung. Sie werden nicht eher arbeiten, bis sie den Sieg errungen haben.

Versammlungskalender.

SPD. Walsenburg. Sonntag, den 27. November, vorm. 9 Uhr, im Unter Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied muß erscheinen.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Bismarck 1956 und 1957.

Wegen sofortiger Aufgabe unseres Geschäfts **Vollständiger Ausverkauf** zu sehr billigen Preisen
GEBRÜDER I. BENJAMIN, BRESLAU, Schmiedebrücke 12, 1 Viertel vom Ring
Galanterie-, Luxus-, Lederwaren, Wirtschaftsartikel, Puppen u. Spielwaren

Albert Marcus
 Ring 51-52 (95 Pf.-Bazar) Ring 51-52
 Geschenkartikel • Wirtschaftskartell
 Lederwaren • Spielwaren
 Größte Sortimente in allen Preislagen
 Für den **Weihnachts-Bedarf**
 erbitte rechtzeitigen Einkauf
 Prompter Versand nach auswärts
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt
Zweiggeschäft:
 Neue Schweidnitzer Straße 11

Peiz-
 Colliers, Muffen, Hüte mit Besätze
 Sport-Peize in Herren-Peiz-Kragen Herren-Peiz-Muffen
 Dresdener Pelz- und Hut-Bazar
 Neue Grunpenseit. 6
 Friedr.-Wäh.-Str. 12 (Waldplatz)

Für 4 alte **neueste, oder** höchste Bezahlung
 für alte und zerbrochene Schallplatten nur im **Musikhaus Melzer, Breslau,** Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 36.

Kaufen Sie jetzt, denn sparen Sie Geld!
Hilster, Baglans, Sport-Joppen
 besichtigen Sie noch länger billig, solange der Vorrat reicht, im **Herren-Bekleidungs-Baus** Friedrich-Wilhelm-Straße 36, gleich am Sonntagstag
Inh.: Hermann Partetzke.

Zahle für alle **Altmetalle** höchsten Preis
Otto, Kohlenstraße 1.
Achtung! Wo?
 Suchst du nach dem gezeichneten **MARKE**, sowie ganz Einrichtungen am billigsten und verlässlichsten?
Bei H. Kluge
 Krenzsch 12, im 1. Bsp.

Anzüge, Entwary, gestr. Hosen, Mäntel, Raglan
 nach Maß
 von 650—1200 M.
Arthur Schubert
 Breslau
 Herren-Kleidergeschäft
 Goldene Rabegasse 27b
 Ecke Reuschstraße
 Halteplatzes, Linie 5 u. 6

Proletarier lies!
 Nur durch Vertiefung des Wissens kann die geistige Diktatur des Kapitals gebrochen werden!
Die kommunistische Bibliothek
 Breslau 5, Grabsdörferstraße 45,
 hat ein reichhaltiges Lager aller einschlägigen proletarischen Literatur.
Bücherpreisliste kostenlos!

Sieben erschienen!
 Zum Jahrestag der proletarischen Revolution in England.
 Preis 2 Mark.
 Lieferung durch:
Kommunistische Bibliothek
 Breslau 5, Grabsdörferstraße 45.

Die Restbestände
 Total-Ausverkauf der Tuchhandlung **Julius Davidsohn & Co.,**
 habe ich übernommen und werden nicht zu wirklich billigen Preisen verkauft.
 Nur eingetragene sind:
Marcamanzugstoffe, Paletots, Hosenstoffe, Kostümstoffe.
 Haupt-Handel: **Hilgert, Poststr.**
Hugo Ochmann,
 Breslau, Inndt. 11 (Waldplatz), 1. Bsp.

Bitte notieren
 Wenn Sie zu verkaufen haben
Wieder-
 Bekleidungsstücke
 Herren- und Damen-
 Kleider — Hüte
 usw. und geben
 werden Sie sich nur an
Max Rademack
 Zumburger
 Straße 9 B

Fräulein
 wünsch. gegen Bezahlung
Periodenförderung
 u. Blutreinigung durch
 einwirkende Substanzen. Wirk-
 samkeit: **Dr. Schöner**
 Preis 12 M., mit 22 M.,
 Probe empfangen.
Communisten
 jeder Kl.
 Eintragskarte, Mitglieds-
 karte, Briefe, Broschüren,
 Reden gegen Einwirkung
 von 2 M.,
Joan E. Schauer
 Breslau 5,
 Zumburger
 Straße 9 B

Wundermittel
 taugen billig u. gut
 Scharf, Scharf,
 Halsweh, Zahnsch-
 merzen, Gicht, Juck-
 reize,
 gute Hilfe, Krank-
 heitserleichterung u. bei
E. Lehmann, Breslau
 Zumburger
 Straße 9 B
 Anpreisung per
 Post, u. 100 M. an
 Postkarte gratis.

Schöneres Schicksal
„Lustiger“ Handel
Volks-Wohl
 nicht in Losen, In-
 halt u. Qualität
 von heute in Höhe
Hugo Kluge
 Paulstraße 23.